

(Hinweis: Die Ausführungen des fremdsprachlichen Teils erfolgten anhand der Simultanübersetzung)

Nur zur dienstlichen Verwendung

PRESSEKONFERENZ

am Freitag, dem 09.05.2003, 17.10 Uhr, Breslau

Thema: Gipfeltreffen im Rahmen des Weimarer Dreiecks

Sprecher: Präsident Aleksander Kwasniewski, Präsident Jacques Chirac, Bundeskanzler Gerhard Schröder

P KWASNIEWSKI: Herr Präsident, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich anlässlich unserer Begegnung. Das ist die vierte Begegnung des Weimarer Dreiecks auf der Ebene der Staatschefs. Die Begegnungen fanden schon früher statt.

Wir haben über Fragen der Europäischen Union gesprochen, und zwar über die Erweiterung der Union und über das Referendum in Polen. Ich habe dafür gedankt, dass unsere Partner uns bei unserer Anwesenheit in der Europäischen Union unterstützt haben. Wir haben über die Außen- und Sicherheitspolitik Europas gesprochen. Wir haben über die transatlantische Gemeinschaft gesprochen. Wir haben über den Irak gesprochen, und wir haben über die Zukunft des Weimarer Dreiecks gesprochen.

Ich wurde ermächtigt, Ihnen das Kommuniqué, das vorbereitet worden ist und das die Summe unserer Diskussion darstellt, zu verlesen:

„Die Präsidenten der Republik Polen und der Französischen Republik und der Bundeskanzler haben auf Einladung von Aleksander Kwasniewski am 9. Mai 2003 in Breslau ihr Gipfeltreffen im Rahmen des Weimarer Dreiecks abgehalten. An diesem Tag, der gleichzeitig Europatag ist, wollten Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Chirac Polen, seiner Regierung und seinem Volk zu ihrer Entschlossenheit gratulieren, mit der sie den Weg hin zur Union zurückgelegt haben, ihnen bekunden, wie sehr ihre Rückkehr in die europäische Familie nach all den geschichtlichen Trennungen erwartet wird und ihr Vertrauen in die Wahl des polnischen Volkes beim Referendum über die Ratifikation des Beitrittsvertrags am 7. und 8. Juni 2003 zum Ausdruck bringen.

Der Bundeskanzler und die Präsidenten bekräftigen ihr Bekenntnis zum Weimarer Dreieck, dessen Auftrag weiterhin darin besteht, die Netze der Kooperation immer dichter zu knüpfen, die die Völker und Staaten auf allen Ebenen und in der ganzen Breite des Lebens miteinander verbinden. Das Weimarer Dreieck kann als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen drei gleichen Partnern eine Impulse gebende, gestaltende Kraft im Dienst der erweiterten Union werden. Im Hinblick dar-

auf haben Frankreich und Deutschland beschlossen, Polen in ihre Überlegung zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Politiken, insbesondere der gemeinsamen Agrarpolitik, der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und der Verkehrspolitik, einzubeziehen.

Der Bundeskanzler und die Präsidenten kamen überein, die Abstimmung zwischen den drei Ländern über die Entwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die Abhaltung regelmäßiger dreiseitiger Konsultationen zu intensivieren. Diese Konsultationen zielen darauf ab, sowohl die Entwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten zu beschleunigen (als auch die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO zu verstärken), besonders wenn es um die institutionelle Architektur und um die gemeinsame Sicherheitspolitik geht. Diese gemeinsame Sicherheitspolitik soll im Rahmen der Regierungskonferenz intensiviert und fortgesetzt werden.

Wir haben unseren Meinungsaustausch über die partnerschaftlichen Beziehungen mit Russland und mit der Ukraine gehabt. Wir sind darüber einig geworden, diese Zusammenarbeit fortzusetzen.

Zwischen den Verteidigungs- und den Außenministern wird die Zusammenarbeit auch fortgesetzt. In Kürze werden die Arbeits- und Sozialminister ebenfalls zusammentreffen. Sie wollen ihre Zusammenarbeit im Bereich der Selbstverwaltung zwischen den Ländern verstärken.

Soweit das Kommuniqué. Ich möchte sagen, dass der Präsident der Republik Frankreich, der polnische Präsident und der Bundeskanzler übereingekommen sind, dass sich die Außenminister treffen sollen, um die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik zu intensivieren. Sie sollen vor allem die Arbeiten, die sich auf der Ebene des Konvents derzeit abspielen, (intensivieren). Wenn es um die institutionellen Reformen geht, soll hier die Zusammenarbeit verstärkt werden.

Die Gespräche waren sehr offen, sehr freundschaftlich. Ich möchte dem französischen Präsidenten und dem Herrn Bundeskanzler noch einmal für die Unterstützung bei unserem Weg zur Union danken. Ich möchte Ihnen für die Ermutigung danken, die wir erfahren haben, wenn es um das Referendum geht, das in einem Monat stattfindet.

P CHIRAC: Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bei meinem Freund Aleksander Kwasniewski bedanken. Wir kennen uns seit langer Zeit. Ich habe immer noch eine sehr gute Erinnerung an einen Staatsbesuch in Polen. Es ist sicherlich auch richtig, dass die menschlichen Beziehungen und die historischen Beziehungen zwischen Polen und Frankreich sehr stark sind. Sie sind immer noch aktuell.

Ich danke dem Präsidenten für dieses Treffen, das gemeinsam mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland stattfindet. Ich werde noch in einigen Worten darauf zurückkommen. Ich möchte ebenfalls der Bevölkerung, den Bürgerinnen und Bürgern von Breslau, für ihren herzlichen Empfang danken, und zwar trotz der Nachteile, was den Verkehr anbelangt, die sie auf sich nehmen mussten. Ich möchte Ihnen noch einmal ganz herzlichen Dank für Ihr Verständnis sagen. Dieser Dank richtet sich auch an den Bürgermeister dieser Stadt, der uns in seinem schönen Rathaus heute empfangen hat.

Dieses Treffen findet an einem symbolischen Tag statt. Es ist der Europatag. Wir wissen alle, dass Deutschland und Frankreich höchstwahrscheinlich die ersten aktiven Verfechter für den Beitritt Polens in die Europäische Union waren. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir uns heute sehr freuen, im Anschluss an den Gipfel in Athen und der Unterzeichnung der Beitrittsverträge und auch vor dem endgültigen Beitritt Polens zur Europäischen Union hier zu sein.

Für alle Europäer ist dies zweifellos ein Grund zur Freude wegen der Aussöhnung unseres Kontinents. Aber es ist vielleicht noch mehr für Deutschland und Frankreich eine Freude, zu denen zu gehören, die die Ersten waren, die sich dafür eingesetzt haben, dass diese Situation so eingetreten ist, wie sie jetzt ist.

Wir haben auch Probleme angesprochen. Präsident Kwasniewski hat sie ja gerade noch einmal aufgezählt. Diese Themen stehen auch im Kommuniqué. Wir haben über die Reformen der Institutionen in Europa gesprochen, die notwendig sind, wenn wir unsere Europäische Union an die Erweiterung anpassen wollen. Es ist übrigens die erste Erweiterung, denn es wird noch weitere geben, wie wir alle wissen. Wir haben mit Zufriedenheit festgestellt, dass, was die wesentlichen Dinge anbelangt, der Ansatz, den Polen, Frankreich und Deutschland hinsichtlich der Reformen der Institutionen gewählt haben, gleich ist. Es ist ein identischer Ansatz, den wir gewählt haben.

Wir haben auch über Probleme des Europas der Sicherheit und Verteidigung gesprochen. Auch in diesem Zusammenhang haben wir natürlich wiederum die Probleme angesprochen, die vor kurzem aufgetreten sind und die sich aus der Irak-Krise ergeben haben. Wir haben ganz klar unseren Willen zum Ausdruck gebracht, gemeinsam voranzuschreiten, und zwar hin zu einem Europa, das in der Lage ist, sich mit den für seine Verteidigung notwendigen Mitteln auszustatten. Dies sollte unter Beachtung jeglicher Interessen der NATO stattfinden. Das versteht sich natürlich von selbst.

Wir haben die Zukunft der gemeinsamen Landwirtschafts- und Agrarpolitik sowie den Kohäsionsfonds angesprochen. Wir haben unsere Meinungen auch hier weiter vertieft und haben festgestellt, dass wir auf der gleichen Linie liegen, d. h., dass wir einen gemeinsamen Horizont definieren. Wir haben über die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland gesprochen. Diese Partnerschaft ist wichtig für die Zukunft und wird auch Gegenstand des nächsten Treffens zwischen der EU und Russland sein, das in Sankt Petersburg stattfinden wird.

Wir haben ebenfalls über die freundschaftlichen Beziehungen gesprochen, die wir mit der Ukraine anstreben, um auch hier die Weiterentwicklung und die Reformen zu unterstützen und die Ukraine weiter auf dem Weg der Demokratisierung zu unterstützen.

Schließlich haben wir das Problem der trilateralen Zusammenarbeit besprochen, d. h. der Fortsetzung des Weimarer Dreiecks, und zwar dahingehend, dass wir konkrete Ergebnisse erzielen wollen. Dabei ist es natürlich selbstverständlich, dass wir gemeinsame Ziele in vielen Bereichen anstreben.

Wir haben weiterhin Probleme kultureller Art angesprochen. Ich habe insbesondere vorgeschlagen, dass es eine Partnerschaft zwischen der deutsch-französischen Hochschule und der deutsch-polnischen Hochschule geben sollte. Das ist die Viadrina in Frankfurt/Oder.

Das war mehr oder weniger in groben Zügen das, was wir besprochen haben. Natürlich sind wir jetzt bereit, auf Ihre Fragen zu antworten, nachdem auch der Herr Bundeskanzler das Wort ergriffen hat.

BK SCHRÖDER: Nur wenige Bemerkungen von mir: Durch die Erweiterung haben wir uns in die Lage versetzt, das ganze Europa zu einem Ort dauerhaften Friedens und dauerhaften Wohlergehens seiner Menschen zu machen. Ich finde, es kann gerade an einem solchen Tag nicht oft genug betont werden, welcher historische Fortschritt damit verbunden ist. Deswegen haben wir auch gesagt, dass wir die Bürgerinnen und Bürger dieses wunderbaren Landes Polen bitten, bei dem Referendum mit Ja zu stimmen. Wir sind auch sicher, dass Polen als ein Land, das sich immer als ein europäisches Land begriffen hat, diesen Schritt unterstützen wird.

Zweitens. Es ist richtig, was sowohl Präsident Kwasniewski als auch Präsident Chirac gesagt haben: Wir haben eine Reihe europäischer und internationaler Fragen behandelt. Ich war froh darüber, dass wir z. B. miteinander der Auffassung sind, dass uns das, was Frankreich und Deutschland in einem gemeinsamen Brief an den Konvent zu den Institutionen vorgeschlagen haben, verbindet. Über Details wird man diskutieren. Präsident Kwasniewski hat ja darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Treffen unserer Ministerinnen und Minister geben wird, um diese Details abzustimmen.

Froh war ich auch darüber, dass klar geworden ist, dass das, was wir für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Brüssel bei dem Zusammentreffen zwischen Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland vorgeschlagen haben - natürlich ist diese für jedes jetzige und künftige Mitglied der Europäischen Union offen -, im Grundsatz für richtig gehalten wird. Es wird auch von Polen für richtig gehalten. Wir alle drei zusammen haben sehr deutlich gemacht, dass alle Berichte darüber, hier solle sich etwas gegen die NATO entwickeln, schlicht und einfach den Tatsachen nicht entsprechen. Es geht um einen europäischen Pfeiler und um selbstbewusste Möglichkeiten der Europäer innerhalb der NATO. Es geht nicht um etwas anderes. Es ist schließlich wichtig, gemeinsam für die Entwicklung der Institutionen zu sorgen, um das größer gewordene Europa auch politisch führbar zu halten.

Zur internationalen Lage: Da gibt es ebenfalls neben den zeithistorischen Unterschieden und dem, was gegenwärtig vorhanden ist, auch viele Gemeinsamkeiten. Wir haben z. B. ein gemeinsames Interesse daran, dass es zu keiner humanitären Katastrophe im Irak kommt. Deswegen helfen wir auch - Deutsche, Franzosen und sicher auch Polen - mit den Möglichkeiten, die wir haben, um den Menschen im Irak Leiden zu ersparen.

Wir haben deutlich gemacht - jedenfalls kann ich das für mich sagen -, dass das, was wir tun können, unter dem Dach der VN zu erfolgen hat, wenn es um Fragen des Wiederaufbaus geht - wie immer das im Einzelnen aussieht. Ich denke, es gibt eine Reihe sehr pragmatischer Lösungen, die man ergreifen kann und die die zent-

rale Frage beantworten können, wie es weitergeht, was die Stabilisierung in der Region und in dem Land angeht.

Was schließlich die Zukunft des Weimarer Dreiecks angeht, geht es darum, in Respekt vor dem Partner in Europa - wir gehören in kürzester Zeit alle dazu - diesen Dialog im Weimarer Dreieck fortzusetzen und ihn, wo immer in der Sache nötig - und es gibt viele Bereiche, wo das nötig ist -, zu intensivieren. Ich denke, dass das Treffen deswegen sehr nützlich war.

Das, was der Präsident Polens über das bevorstehende Referendum zu berichten wusste, hat uns alle sehr ermutigt. Wir freuen uns darauf, Polen als Vollmitglied in der Europäischen Union begrüßen zu können. Wir sind sicher, dass das polnische Volk die Steine aus dem Weg räumen wird, die es rechtlich noch gibt. Politisch ist die Sache ja längst entschieden.

FRAGE SONNE: Ich habe eine Frage an alle drei: Die Amerikaner werden eine neue Resolution zum Thema Irak bei den VN einreichen. Werden Ihre Regierungen diese Resolution der Amerikaner unterstützen?

P CHIRAC: Dieser Resolutionsentwurf wird Gegenstand von Debatten und Diskussionen in den nächsten Tagen sein. Wir werden darüber im Sicherheitsrat diskutieren. Zum jetzigen Zeitpunkt bestätige ich Ihnen, dass Frankreich bereit ist - und ich glaube, dass ich mich nicht zu sehr vorwage, wenn ich sage, dass Deutschland genauso bereit ist -, in die Debatte über die Zukunft des Irak einzusteigen. Wir sind dazu in einem sehr offenen und konstruktiven Geist bereit.

Unser Ziel ist der wirtschaftliche und der politische Wiederaufbau dieses Landes, wie es der Bundeskanzler eben ausgeführt hat. Unser Ziel ist die Herstellung des Landes in seiner vollen Souveränität. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zu spielen haben, damit wir dieses Ziel erreichen können, um somit den Erwartungen des irakischen Volkes entsprechen zu können. Wir glauben, dass die große Mehrheit der Völker genauso denkt

BK SCHRÖDER: Was die Sanktionen angeht, so haben sie ihre Notwendigkeit schlicht verloren. Es geht jetzt darum, hilfreich zu sein, damit das irakische Volk sich entwickeln kann und besser als in der Vergangenheit leben kann. Die einzige Frage, die man stellen kann und muss, ist: Was sind die Bedingungen? Wie ist das Verfahren? Da stimme ich in den Punkten, die Präsident Chirac genannt hat, mit ihm überein. Wir sind zu pragmatischen Lösungen bereit. Uns - meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt - ist heute der Resolutionsentwurf eröffnet worden. Wir haben unsere Positionen dazu benannt und sind durchaus auf Verständnis gestoßen, was Veränderungswünsche in dem einen oder anderen Punkt angeht. Ich glaube, dass man zu einer befriedigenden Lösung kommen kann. Ich bin sicher, dass sich alle Seiten bewegen werden, um eine solche befriedigende Lösung im Interesse der Menschen im Irak zu erzielen. Das ist jedenfalls unser Wunsch, und dafür arbeiten wir.

P KWASNIEWSKI: Polen ist derzeit nicht Sicherheitsratsmitglied. Aber politisch sind wir sehr daran interessiert, dass die Resolution angenommen wird. Wir sind der Auffassung, dass sie sowohl bei der Stabilisierungsaktion wie auch bei der Rekonstruktion des Irak helfen kann. Das ist eine starke Grundlage für die weiteren Schritte.

te, die von den Irakern und auch von der internationalen Gemeinschaft erwartet werden. Der weitere Anlass, weshalb wir für die Resolution sind, ist, dass die UNO eine aktive Rolle spielt. Die Kritik ist berechtigt. Aber ich denke, dass der Sicherheitsrat wieder eine aktive Rolle bei der Lösung der Probleme in dieser Region und im Irak spielen wird.

FRAGE: Herr Präsident Kwasiniewski, glauben Sie, dass Ihre Freundschaft mit Präsident Bush ihre Nachbarn Frankreich und Deutschland von Ihnen entfremdet hat?

P KWASNIEWSKI: Nein. Wir alle haben Kontakte mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Aus unserer Diskussion ergibt sich, dass wir die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu schätzen wissen. Wir sehen eine wichtige Rolle bei diesem transatlantischen Dialog. Ich bin überzeugt, dass diese Fragen besondere Fragen sind. So ist die polnische Politik. Wir möchten sehr gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben, aber auch mit den großen europäischen Partnern.

Die Begegnung im Rahmen des Weimarer Dreiecks zeigt, dass trotz Spannungen diese Politik wirksam und nützlich ist. Wir haben den Wunsch, diese Politik fortzusetzen. Das ist eine Politik der guten Bündnisbeziehungen sowohl mit Deutschland und Frankreich als auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

FRAGE: Ich habe eine Frage an den französischen Präsidenten: Denken Sie, dass Polen eine Brücke sein kann, die die Union mit den Vereinigten Staaten verbindet?

P CHIRAC: Ich habe natürlich höchste Achtung vor Polen und vor den wichtigen Diensten, die Polen der Europäischen Union heute und in der Zukunft erweisen kann. Aber ich möchte ganz ehrlich sein: Ich habe nicht das Gefühl, dass wir eine Brücke zwischen der Europäischen Union und den USA brauchen. Sicher gibt es eine gewisse Anzahl von Beziehungen, die gleichzeitig historischer, politischer und institutioneller Art sind. Wie immer die Meinungsunterschiede zu diesem oder jenem Thema auch sein mögen - und es gibt in der Tat welche -, so sind die transatlantischen Beziehungen doch immer noch sehr stark.

FRAGE: „Radio Multikulti“ aus Berlin: Wurde die Frage der Rolle der NATO beim Wiederaufbau im Irak berührt? Wie ist Ihre Haltung zu dieser Frage? Wurde die Frage der Ukraine, die im Kommuniqué enthalten ist, in besonderer Weise erörtert?

BK SCHRÖDER: Was die Ukraine angeht, hat der Präsident das Notwendige dazu gesagt. Wir haben das besprochen. Wir sind wirklich alle drei daran interessiert, dass die pro-europäischen Kräfte in der Ukraine gestärkt werden. Das ist wichtig, und zwar sowohl für das Land als auch natürlich für Europa.

Das Zweite: Wir haben diese Frage gestreift. Ich glaube, dass sie im Moment gar nicht zur Beantwortung ansteht. Es geht jetzt darum, dass die Alliierten, die in dem Land - so will es das Völkerrecht - für Recht und Ordnung zu sorgen haben, ihre Pflicht tun und dass wir helfen, eine humanitäre Katastrophe zu vermeiden und dass der Wiederaufbau unter dem Dach der Vereinten Nationen stattfindet. Die Bedingungen, die dazu im Einzelnen notwendig sind, werden auf der einen Seite vom Sicherheitsrat und von seinem Generalsekretär und auf der anderen Seite von den Alliierten zu klären sein. Das ist das, was bezogen auf den Irak ansteht. Alles andere

sind Spekulationen, die natürlich für einen „Multikulti“-Reporter sehr interessant sind, aber sie sind nur Spekulationen.

FRAGE: Ich bin vom französischen Fernsehen: Herr Präsident Chirac, seit heute Morgen haben Sie den Resolutionsentwurf der Amerikaner vorliegen. Die Resolution enthält das, was die Amerikaner für die Kontrolle der zukünftigen Erdöleinkünfte des Irak vorsehen. Reicht Ihnen das? Welche Einwände haben Sie vielleicht dagegen?

P CHIRAC: Wir haben gerade erst alle diesen Resolutionsentwurf erhalten. Natürlich muss dieser Entwurf inhaltlich in allen Einzelheiten geprüft werden. Ich habe eben gesagt, wie wir das angehen möchten. Ich möchte mich nicht verfrüht über Details dazu äußern.

FRAGE: Ich möchte noch einmal eine Frage an Präsident Chirac stellen: Wenn z. B. die Amerikaner und die Engländer ein Mandat für die Verwaltung des Irak fordern würden, würde Frankreich sich mit der gleichen Energie wie vor dem Krieg dagegen wehren, wenn es eine solche Art Resolution geben würde?

P CHIRAC: Krieg ist eine Sache. Die Verwaltung und Führung eines Landes ist eine andere Sache. Auch hier möchte ich noch einmal sagen, dass ich mich a priori nicht äußere, genauso wie ich das zu Beginn des Krieges auch nicht getan habe. Ich möchte zunächst einmal abwarten, welche Vorschläge dazu gemacht werden. Ich werde mich nicht dazu äußern.

Im Gegenzug dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Was die Politik Frankreichs begründet, ist erstens die Überzeugung, dass die Welt sich organisiert und demokratisch darstellen muss und dass die Grundsätze und Regeln der internationalen Legitimität, also des Völkerrechts, für alle gelten müssen. Unsere Überzeugung ist, dass das einseitige Vorgehen und der Präventivkrieg nicht zur Doktrin werden dürfen, wenn es um die Welt von morgen geht. Wir sind außerdem der Überzeugung, dass militärische Gewalt nur das letzte Mittel sein darf und nicht vorher eingesetzt werden darf.

Im Nahen Osten wie im palästinensisch-israelischen Konflikt geht es darum, Frieden zu schaffen. Die internationale Völkergemeinschaft ist umso stärker, als sie einen kollektiven Willen zum Ausdruck bringt. Um effizient handeln zu können, muss man geeint vorgehen. Man muss geeint vorgehen, wenn man den Terrorismus bekämpfen will, wenn man die Proliferation bekämpfen will oder wenn es darum geht, Krisen zu bewältigen. Dies ist die Basis, auf der die Haltung Frankreichs beruht, wenn es darum geht, Probleme zu lösen.

FRAGE: Polnisches Fernsehen: Herr Bundeskanzler, ist der polnische Vorschlag, dass deutsche Truppen an den Stabilisierungskräften teilnehmen mögen, ein arroganter Vorschlag? Oder sehen Sie das anders?

BK SCHRÖDER: Das würde ich nicht als Arroganz bezeichnen. Das war ein Vorschlag, der - ich sage es einfach einmal so - unglücklich kommuniziert worden ist. Aber das ist es dann auch. In der Sache ist das geklärt. Das gemeinsame Korps, das es zwischen Polen, Dänen und Deutschen gibt, ist nach der Auskunft der Fachleute, die ich bekommen habe, objektiv nicht in der Lage, eine solche Aufgabe wahrzunehmen. Das liegt nicht an den Beschäftigten. Das ist das Eine.

Das Andere ist: Deutschland hat erklärt, dass es sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und anderen internationalen Krisen auch militärisch beteiligt. Ich will auch hier einmal Folgendes sagen: Wir sind mit fast 3.000 Soldaten im Rahmen von „Enduring Freedom“ beteiligt. Das ist Kampf gegen den Terrorismus. Wir sind mit 2.500 Soldaten in Kabul. Wir haben mit 4.000 Soldaten auf dem Balkan die „lead“-Funktion in der internationalen Schutztruppe. Aber wir müssen auch daran denken, ob die Ressourcen reichen, die unser Land auf diesem Gebiet zur Verfügung hat.

Deswegen haben wir erstens sehr viel Selbstbewusstsein, was die Übernahme internationaler Verpflichtungen angeht. Zweitens haben wir entschieden, dass wir uns in dem Rahmen nicht beteiligen. Wir können uns übrigens verfassungsrechtlich nur beteiligen, wenn es eine glasklare Aufforderung der Vereinten Nationen gäbe, so etwas zu tun. Diese gibt es nicht. Deswegen ist das jedenfalls für uns eine sehr theoretische Debatte. Wir haben mit Respekt zur Kenntnis genommen, dass das souverän agierende Polen eine andere Entscheidung getroffen hat. Ich denke, das muss jeder respektieren. Aber es ist eine polnische Entscheidung.

FRAGE: Herr Präsident Kwasniewski, im Kommuniqué, das Sie vorgelesen haben, ist die Rede davon, dass Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder Ihnen Vorschläge vorgelegt haben, die mit den Brüsseler Vorschlägen zusammenhängen. Wie sehen die Bewertungen Polens zu den Vorschlägen in Brüssel aus? Hat Polen schon früher diese Informationen bekommen? Könnten Sie uns Ihre vorläufige Beurteilung dieser Vorschläge vorlegen?

P KWASNIEWSKI: Wir haben über das Thema gesprochen. Wir kennen die Dokumente der Begegnung in Brüssel. Was die gemeinsame Politik der Sicherheit und Verteidigung angeht, so haben wir keine Zweifel. Wir teilen hier die Auffassung, dass diese Politik erforderlich ist.

Vor einigen Jahren hat die Begegnung zwischen Großbritannien und Frankreich in Saint Malo stattgefunden. Auch darüber haben wir gesprochen. Es gibt viele praktische Konzeptionen. Es gibt auch die Konzeption, dass man Luftstreitkräfte zusammenlegt. Das scheint uns sinnvoll. Die Frage, die sich aufgrund der polnischen Befürchtungen ergibt, ist, ob das nicht eine Vervielfältigung der Aufgaben ist, die die NATO hat. Weiterhin stellt sich die Frage, ob das nicht die NATO schwächt.

Zu diesen Fragen möchte Polen nicht ja sagen. Polen ist seit 1999 NATO-Mitglied. Wir sind der Auffassung, dass die NATO eine wichtige Rolle in unserer Region, in Europa und auf der ganzen Welt zu spielen hat. Der Präsident und der Bundeskanzler haben mir gesagt, dass es hier keinerlei Konzeptionen gibt, die Institutionen und Gremien der NATO zu duplizieren. Wir haben uns dahingehend abgesprochen, dass sich hier die Experten treffen müssen. Der Dialog wird also fortgesetzt.

Ich informiere Sie darüber, dass der Herr Präsident und der Bundeskanzler eindeutig und einmütig feststellen, dass diese Initiative nur eine Konzeption einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik auf der Grundlage gewisser Instrumente ist. Jedenfalls soll dadurch nicht die Rolle der NATO eingeschränkt werden. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich denke, dass die Gespräche auf der Ebene der Außen-

und Verteidigungsminister viele interessante Antworten auf die Zweifel geben müssen, die in Polen aufgetaucht sind.

FRAGE JUNG: Herr Präsident Kwasniewski, in dem Kommuniqué lese ich, dass Sie von dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Präsidenten Chirac über die Vorschläge, die beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 29. April in Brüssel erfolgt sind, unterrichtet worden sind. Der Bundeskanzler hat uns eben gesagt, dass er auf ein gewisses Verständnis gestoßen ist. Fühlen Sie sich unterrichtet? Oder sind Sie mit dem Sinn dieses Unternehmens einverstanden?

P KWASNIEWSKI: Ich kann das wiederholen, was ich vor kurzem gesagt habe: Wenn es um das generelle Ziel der Schaffung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, so sind wir der Auffassung, dass Europa eine solche Politik haben muss. Wenn es um detaillierte Fragen geht, wenn es um die Petersberg-Konzeption geht und wenn es um die Schaffung des europäischen Kollegiums für Verteidigung geht, so sind das Fragen für Experten. Wir hatten ja Zweifel. Dieser Vorschlag darf nicht gewisse Aufgaben, die die NATO hat, duplizieren. Da habe ich die Antwort bekomme, die ich vorhin schon dargelegt habe. Es ist eine wichtige Haltung für uns. Dadurch werden die Zweifel, die wir hatten, aus der Welt geschaffen.

Für uns ist die NATO sehr nützlich und wichtig. Unsere Bemühungen, die 1999 mit Erfolg gekrönt worden sind, wollen wir heute nicht in Frage gestellt sehen. Die deutsch-französische Haltung ist so, wie Sie das gehört haben. Ich denke, dass dieser Vorschlag offen ist. Es müssen weitere Expertengespräche stattfinden.

FRAGE: Herr Präsident Chirac, im Februar haben Sie gesagt, die Kandidaten, die den Krieg im Irak unterstützt haben, haben sich leichtsinnig verhalten und haben die Gelegenheit versäumt, ruhig zu bleiben. Sind Sie heute auch noch dieser Auffassung?

P CHIRAC: Es war falsch, wenn Polen sich jetzt hier beleidigt gezeigt hat. Ich hege in keiner Weise den Polen gegenüber schlechte Gefühle. Das liegt nicht in meiner Natur. So habe ich von den Polen nie gedacht. Meine Gefühle werden in Frankreich von fast allen geteilt. Ich habe nur gesagt, dass man sich, wenn man eine Familie bildet, zumindest nach Innen abstimmen und die anderen Mitglieder der Familie informieren muss, bevor man sich nach Außen äußert. So habe ich das gesagt. Ich habe wirklich nicht das Gefühl, dass ich irgendjemanden beleidigt habe. Ich habe auch nicht das Gefühl, dass das, was ich gesagt habe, falsch war.

VORSITZENDER: Mit diesem optimistischen Akzent beenden wir unsere Pressekonferenz. Ich danke Ihnen!

(Ende: 17.50 Uhr)